

Mit dem Schutz seiner Grenze tut Polen der EU einen Gefallen

Stand: 07:18 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Von **Klaus Geiger**
Ressortleiter Außenpolitik



WELT-Autor Klaus Geiger

Quelle: Leonid Shcheglov/BelTA via AP; Claudius Pflug

In der polnisch-belarussischen Migrationskrise hält die EU an hehren Grundsätzen fest und kritisiert Polen für seinen harten Kurs. Dabei zeugt die Verteidigung der Grenze von einem Realitätsbewusstsein, an dem es der EU schon seit 2015 mangelt.

In der EU gibt es beim Thema Migration eine ideale Welt – und eine reale. Die ideale Welt besteht aus einem EU-Recht, das weltweit einmalig hehre Prinzipien absolut setzt. Es besagt: Ein Migrant, der seinen Fuß auf den Boden der EU setzt, darf nicht zurückgeschickt werden. Er muss ein Asylgesuch in Europa stellen dürfen. Erst wenn der Antrag abgelehnt wird, kann er zurückgeschickt werden.

In der realen Welt gibt es aber ein Problem: Wer einmal in die EU gelangt ist, tut – und das ist nur menschlich – alles, um dort zu bleiben, auch wenn er gar keine Chance auf Asyl hat. Das EU-Recht hat sich deshalb als Achillesferse erwiesen. Seit Jahren versuchen die europäischen Staaten, dieses Recht mit Behelfskonstruktionen zu umgehen und moralische Grundsätze mit handfesten Lösungen zu flankieren.

An vielen Punkten der Außengrenze sind Zäune gebaut worden, etwa um die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, an der türkisch-griechischen Landgrenze oder auf dem Westbalkan. Wo es eine Seegrenze gibt und keine Mauer gebaut werden konnte, schloss man Flüchtlingsabkommen. Mit der [Türkei \(/politik/ausland/article229752841/Tuerkei-Deal-im-Faktencheck-Laesst-sich-Europa-erpressen.html\)](/politik/ausland/article229752841/Tuerkei-Deal-im-Faktencheck-Laesst-sich-Europa-erpressen.html), Libyen, Marokko oder auch dem Niger. Die Länder jenseits der Grenze werden dafür bezahlt, die Migranten zurückzuhalten.

Die EU-Kommission und viele deutsche Politiker erlauben sich trotzdem weiter den Luxus, in der idealen Welt zu leben, so auch in der polnisch-belarussischen Migrationskrise. Die EU wirft Polen vor, gegen geltendes Recht zu verstoßen, weil es Migranten über die Grenze zurück nach Belarus schickt. Und sie kritisiert die Regierung in Warschau dafür, dass diese einen Grenzzaun zu Belarus baut.

Hat die EU nichts gelernt? Als 2015 Wladimir Putin Syrien bombardierte und der türkische Präsident Recep Erdogan (</debatte/article234845112/Waffen-fuer-die-Ukraine-Erdogan-tut-was-die-SPD-nicht-will.html>) (und Griechenlands Premier Alexis Tsipras) die syrischen Flüchtlinge einfach weiterschickten, ließ die EU unter Führung von Angela Merkel die Dinge laufen. Der Sog wurde so stark, dass der deutsche Staat die Kontrolle verlor – und in der Folge die anti-europäischen Kräfte in ganz Europa erstarkten und Großbritannien die EU verließ.

Nun hat Polen die Verteidigung seiner Ostgrenze in die eigene Hand genommen. Wäre es etwa humaner, nichts zu tun – und weiter Menschen zu Figuren im perfiden Spiel eines Diktators werden zu lassen? Die EU sollte verstehen, dass Polen ihr einen Gefallen tut. Weil es realistisch handelt.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  1390

NEIN  63

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/234925296>